

Frankfurt am Main

E-Government-Strategie beschlossen

[24.05.2013] Frankfurt am Main will in den kommenden Jahren eine umfassende E-Government-Strategie umsetzen. Neben einem funktionierenden Anliegen-Management gehören dazu auch neue Beteiligungsmöglichkeiten via Internet und Open Data.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat die Umsetzung einer zukunftssträchtigen E-Government-Strategie beschlossen. „Die E-Government-Strategie ist eines der großen Reformprojekte in dieser Legislaturperiode“, erklärte dazu Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann. Die bereitzustellenden Dienstleistungen umfassen nach Angaben des Presse- und Informationsamtes der Stadt Frankfurt am Main unter anderem ein funktionierendes Anliegen- und ein bedarfsorientiertes Antragsmanagement sowie neue Beteiligungsmöglichkeiten via Internet und Open Data. „Wir wollen drei Ziele erreichen: Erstens soll der Bürgerservice damit verbessert und vereinfacht werden. Zweitens wollen wir die Mitarbeiter entlasten, die an dieser Stelle entscheidend das Bild der Stadtverwaltung prägen. Drittens wollen wir angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung auf diesem Weg die Mittel effizienter einsetzen und ohne Serviceverluste Einsparungen erreichen“, so Oberbürgermeister Feldmann. Es gehe vor allem um interne Geschäftsprozessoptimierung und mehr Bürgernähe nach außen, ergänzte Stadtrat Volker Stein, der an der Erarbeitung des E-Government-Konzeptes maßgeblich beteiligt war. Dies beinhaltet etwa die Vereinfachung der Kommunikation, die Verkürzung von Bearbeitungszeiten sowie mehr Transparenz und Teilhabe. Zudem können Themen wie der zentrale Einkauf von Hardware, die Vereinheitlichung von Software und der verstärkte Einsatz von mobilen Lösungen nach Angaben von Oberbürgermeister Peter Feldmann nun dezernatsübergreifend angegangen werden. Mittel- und langfristig will die Stadt Frankfurt am Main durch E-Government Einsparungen erzielen, welche die zu Beginn notwendigen Investitionen überwiegen. Stadtrat Volker Stein: „Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage ist dies ein struktureller Konsolidierungsbeitrag, dem sich die Stadt nicht verschließen darf.“ „Dies wird von allen großen Anstrengungen erfordern“, sagte OB Peter Feldmann. „Bei diesem Reformprojekt darf es keine Denkverbote geben.“

(bs)

Stichwörter: Politik, Frankfurt am Main, E-Government-Strategie, Peter Feldmann